

Anträge

Inhaltsübersicht

1. **Stark für ein Hamburg für alle - Gemeinsam solidarisch für Gute Arbeit, sozial-ökologische Transformation und soziale Sicherheit**

DGB Vorstand Hamburg

2. **Antrag Stärkung der Gedenkarbeit in der Region Hamburg**

DGB-Jugend Hamburg

3. **Jährlichen Begehung des "Workers Memorial Day" am 28. April in der Region Hamburg**

DGB-Jugend Hamburg

4. **Ortszuschlag für Rentner*innen, die Grundsicherung oder Wohngeld berechtigt sind**

ver.di-Landesbezirksvorstand Hamburg

5. **Neuausrichtung der Rentenpolitik in Deutschland**

ver.di-Landesbezirksvorstand Hamburg

6. **Verbot der Partei AfD Alternative für Deutschland**

ver.di-Landesbezirksvorstand Hamburg

7. **Mitgliedsbeiträge zielgerecht und effektiv einsetzen**

ver.di-Landesbezirksvorstand Hamburg

8. **Zweite Stellvertretung im DGB-Bezirksvorsitz bei Drei-Länder-Bezirken**

ver.di-Landesbezirksvorstand Hamburg

9. **Angemessene Mitwirkungsrechte für die Seniorinnen und Senioren im DGB**

ver.di-Landesbezirksvorstand Hamburg

Antragsnummer: 1

Antragsstellende*r: DGB Vorstand Hamburg

Empfehlung der ABK: Annahme

Titel:

Stark für ein Hamburg für alle – Gemeinsam solidarisch für Gute Arbeit, sozial-ökologische Transformation und soziale Sicherheit

Antrag:

Präambel

Stark für ein Hamburg für alle – so definieren der DGB Hamburg und seine Mitgliedsgewerkschaften den Auftrag für die nächsten Jahre. Wir gestalten die Zukunft, sodass wir ein Hamburg für alle, mit guter Arbeit, mit einer sozial-gerechten Transformation, und vor allem mit sozialer Sicherheit werden. So stärken wir unsere Kolleg*innen und so stärken wir unsere Demokratie.

Die Herausforderungen der letzten Jahre, wie die Corona-Pandemie, die gestiegenen Energiepreise – ausgelöst durch den Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine –, die Hochinflationsphase, die Zunahme an nationalen protektionistischen Handels- und Wirtschaftspolitikern, sowie eine anhaltende bundesdeutsche Rezession treffen uns auch in Hamburg: Verzeichnet die Freie und Hansestadt Hamburg aktuell eine reale Steigerung der Wirtschaftsleistung um 1,7 Prozent und liegt damit über dem Bundestrend, ist gleichzeitig die Zurückhaltung bei Investitionen und Beschäftigungsaufbau bereits deutlich spürbar. Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung wächst nur sehr moderat, die Anzahl der gemeldeten Ausbildungsstellen sinkt, ebenso die Tarifbindung innerhalb Hamburgs. Die Schere zwischen arm und reich weitet sich. Die Zustimmung gegenüber konservativen bis rechten Einstellungen steigt merklich, nicht zuletzt durch die Zunahme von Hassverbrechen belegt.

Gleichzeitig steht unsere Arbeitswelt vor tiefgreifenden Veränderungen, angetrieben durch die Megatrends Digitalisierung, Dekarbonisierung, Demografie-Entwicklung. Diese Veränderungen führen zu subjektiven und kollektiven Verunsicherungen. Die im politischen Raum kursierenden

A circular logo with a purple-to-pink gradient background. The text 'STÄRKER MIT UNS.' is written in white, bold, uppercase letters in the center.

Debatten nach Abbau und Aufweichung gewerkschaftlicher Errungenschaften wie dem Streikrecht, dem Arbeitszeitgesetz oder der Lohnfortzahlung oder die Verantwortung bei Bürgergeldempfänger*innen und Asylsuchenden zu suchen, verschärfen die gesellschaftlichen Verwerfungen. Als starke Gewerkschaften weisen wir diese Angriffe entschieden zurück und werden auch in Zukunft gemeinsam mit den Betriebs- und Personalräten Arbeitnehmer*inneninteressen stärken, beschäftigungssichernd wirken und eine Willkommenskultur verankern, die aufnahmefähig ist und niemanden zurücklässt.

Wir Gewerkschaften als sozial-, wirtschafts- und gesellschaftspolitische Akteur*innen übernehmen Verantwortung, sowohl in den betrieblichen wie auch in den politischen Auseinandersetzungen, denn wir haben aus unserer Geschichte gelernt und stehen für Solidarität, für Gute Arbeit und für soziale Gerechtigkeit.

Genau deswegen fordern wir, dass Hamburg als wohlhabende Welt- und Handelsstadt angesichts dieser Herausforderungen umsichtig agiert: Eine aktive Arbeitsmarktpolitik muss einhergehen mit einer breit aufgestellten Weiterbildungslandschaft, einer Industrie- und Wirtschaftspolitik, die nachhaltiges und qualitatives Wachstum fördert und Chancengleichheit schafft, einer gerechten Sozialpolitik und einem deutlichen Bekenntnis zu Guter Arbeit und Tarifbindung. Nur so erreichen wir das gemeinsame Ziel: Hamburg, eine Stadt für alle.

Dieser Leitantrag behandelt ausschließlich Themen im Einflussbereich des DGB Hamburg. Er gibt für die nächsten vier Jahre einen Handlungsrahmen für die Arbeit des DGB Hamburg vor. Die gewerkschaftlichen Themen des Bezirks Nord sowie der Bundesebene werden weiterhin anlassbezogen durch zielgerichtete Aktionen und Veranstaltungen unterstützt.

Auf dieser Grundlage möge die Delegiertenkonferenz des DGB Hamburg folgendes beschließen:

A) Gute Arbeit für alle

Unsere Definition von Guter Arbeit bleibt unverändert:

Gute Arbeit ist existenzsichernd, entgeltgleich, tarifgebunden, mitbestimmt, sozialversichert, unbefristet und diskriminierungsfrei. Sie ist nachhaltig, wenn sie menschliche Entwicklung fördert und zugleich negative Auswirkungen auf uns und kommende Generationen verringert oder gar beendet. Gute Arbeit schafft Karrierechancen, Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten und stärkt die beruflichen Entwicklungschancen jedes Individuums. Sie macht nicht krank, verbindet Privates und Beruf, ist alters- und altersgerecht. Gute Arbeit wälzt unternehmerische Risiken nicht auf Beschäftigte ab, sondern schützt vor



wirtschaftlichen Gefahren und vermeidet Erwerbs- und Altersarmut sowie Lohn- und Sozialdumping. Dieses Leitbild ist Grundlage unserer gewerkschaftlichen Arbeit.

Der DGB Hamburg setzt sich ein für:

1. Hamburg als Stadt der Guten Arbeit: Entsprechend unserer Definition von Guter Arbeit setzt sich der DGB Hamburg gemeinsam mit seinen Mitgliedsgewerkschaften gegenüber der Landesregierung und den Arbeitgeberverbänden auf allen Ebenen für deren Verankerung ein. Für uns ist das offensive Bekenntnis der Politik pro Tarifvertrag entscheidend, denn Arbeit mit Tarifvertrag ist ein Garant für soziale Sicherheit. Die zunehmende Tariffucht der Arbeitgeber führt zu Kosten für die Allgemeinheit. Der Schaden, der allein durch Tariffucht und Lohndumping der Arbeitgeber in Hamburg entsteht, summiert sich bei den Sozialversicherungen jährlich auf 875 Millionen Euro sowie 568 Millionen Euro bei der Einkommensteuer. Laut IAB-Betriebspanel arbeitet in Hamburg mit 46 Prozent noch nicht einmal die Hälfte der Beschäftigten in einem tarifgebundenen Betrieb. Hamburg hat die zweitschlechteste Tarifbindung in Westdeutschland und ist sehr weit von der 80 Prozent-Zielmarke der EU-Mindestlohnrichtlinie entfernt, die die Mitgliedsstaaten dazu anhält, eine Tarifbindung von 80 Prozent der Beschäftigten auf den Weg zu bringen. Die geringe Tarifbindung ist mit Blick auf den wachsenden Fachkräftebedarf auch ein erheblicher Standortnachteil. Das Bekenntnis der Politik zur Tariftreue muss sich bei der Vergabe, Wirtschaftsförderung, Haushaltsaufstellung, Gesetzgebung sowie dem Erlass von Verordnungen wiederfinden.
2. Tariftreue im Hamburger Vergabegesetz. Der DGB Hamburg setzt sich für ein hamburgisches Tariftreuegesetz ein, sodass öffentliches Geld in Gute Arbeit fließt. Somit sollen Aufträge der Stadt Hamburg ausschließlich an Betriebe vergeben werden, die sich an das Niveau von repräsentativen Tarifverträgen halten und die tarifvertraglichen Leistungen abbilden. Mit inbegriffen sind Kontrollen, die Begrenzung von Subunternehmerketten und die Absicherung für Beschäftigte bei Betreiberwechsel im ÖPNV. Die Erstellung eines Tarifregisters bildet die Voraussetzung einer transparenten und niedrigschwelligen Umsetzung und Anwendung.
3. Den Hamburger Transformationsrat, der den Wandel der Arbeitswelt im Zuge der Megatrends Digitalisierung, KI und klimaneutralen Umbau/Dekarbonisierung von Industrie und Wirtschaft gestaltet. Insbesondere setzt der DGB sich in diesem Gremium dafür ein, gemeinsam mit den verschiedenen Akteur*innen



auf Strategien zur Beschäftigungssicherung, -qualifizierung sowie zur Erhöhung der Tarifbindung hinzuwirken. Der DGB-Index Gute Arbeit muss dafür kontinuierlich für Hamburg ausgewertet und als Datenbasis herangezogen werden.

4. Die effektive Kontrolle der Einhaltung gesetzlicher, vergabespezifischer oder tariflicher Mindestlöhne. Dazu gehört zum einen die Verbesserung der Personalausstattung für die zuständigen Behörden, zum anderen muss der Senat die Abläufe zwischen den verschiedenen Kontrollinstanzen bzw. -stellen optimieren und koordinieren (Zoll, Gewerbeaufsicht, Arbeitsschutzbehörden, Arbeitsverwaltung, Sozialversicherungen etc.).

5. Für den Beibehalt des Arbeitszeitgesetzes und gegen die Aufweichung des 8-Stunden Tages. Wir werden gegenüber unserer Landesregierung fordern, sich gegen die geplante Aufweichung des 8-Stunden-Tages einzusetzen.

6. Die Stärkung der betrieblichen Mitbestimmung. Betriebsräte sind eine zentrale Säule unserer demokratischen Strukturen, sie stabilisieren Unternehmen, sichern Beschäftigung und binden Kolleg*innen in Entscheidungsprozesse ein. Der DGB Hamburg wird sich auf Senatsebene weiterhin für die Unterstützung der Gesetzesnovelle des Betriebsverfassungsgesetzes auf Bundesebene nach der Vorlage des DGB und der Hans-Böckler-Stiftung einsetzen. Die Hamburger Justizbehörde und Staatsanwaltschaften werden wir auch in Zukunft zu Union Busting und Betriebsrätemobbing aufklären, damit diese Fälle konsequent verfolgt werden.

7. Gute Arbeit im Hamburger Fachkräftenetzwerk. An einem Tisch mit den Akteur*innen des Hamburger Arbeitsmarktes von Senat über Sozialpartner und Kammern hin zu der Agentur für Arbeit und den Jobcentern setzt sich der DGB Hamburg für eine Eindämmung prekärer Beschäftigung und für den Anstieg sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung, gezielten und abschlussorientierten Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen sowie einem gelungenen Übergang von Schule und Beruf ein. Die Arbeit der Jugendberufsagenturen wird begleitet und die Implementierung der Fachkräftestrategie und der Weiterbildungsstrategie kritisch vorangetrieben. Insbesondere die Potentiale zur Schließung des Fachkräftebedarfs von Frauen, Menschen mit Migrationsgeschichte, aber auch Menschen mit Einschränkungen werden wir weiter thematisieren und die Arbeitgeberverbände an ihre Verantwortung einer gelebten Willkommenskultur erinnern.



- 158 8. Eine aktive Arbeitsmarktpolitik, die Beschäftigung sichert und Antworten auf
159 die Veränderungen am Arbeitsmarkt bietet. Sie muss berufliche Aus- und
160 Weiterbildung stärken, um den Megatrends der Transformation zu entspre-
161 chen. Sie muss Langzeiterwerblosen einen niedrigschwelligen Zugang ermög-
162 lichen, Personen ohne Berufsausbildung auf abschlussbezogene Programme
163 orientieren und dem Verbleib in ungelernten Hilfstätigkeiten entgegenwirken.
164 Besondere Unterstützungsangebote wie das Erlernen von Sprache und
165 Grundbildung sind Bausteine einer gelungenen, integrierenden Arbeitsmarkt-
166 politik und sind auszubauen. In der Arbeitsverwaltung muss die Qualität bei
167 der Vermittlung Vorrang vor der Quantität haben. Der DGB Hamburg wird dies
168 im Rahmen der Ausschüsse und Beiräte der Arbeitsverwaltung thematisieren
169 und die entsprechenden Angebote durch Arbeit und Leben e.V. unterstützen.
170
- 171 9. Mehr Arbeits- und Gesundheitsschutz. Dass Arbeit nicht krank machen darf,
172 gehört zu den gewerkschaftlichen Maximen. Zunehmende Arbeitsverdichtung
173 und die Zunahme von Erkrankungen am Arbeitsplatz und Arbeitsunfällen, ver-
174 deutlichen die Handlungsnotwendigkeit. Gesetzlich ist festgelegt, dass ab
175 2026 mindestens fünf Prozent der Betriebe jährlich von der staatlichen Arbeits-
176 schutzbehörde besichtigt werden sollen. Der DGB Hamburg setzt sich dafür
177 ein, dass Kontrollstellen besser personell und technisch ausgestattet werden
178 und wird dies in Senatsgesprächen und im Rahmen der Arbeitsschutzpartner-
179 schaft verstärkt einbringen.
180
- 181 10. Hamburg als gewichtiges industrielles Zentrum stärken. Die industrielle Wert-
182 schöpfung in der Metropolregion Hamburg ist Grundlage für viele wirtschaft-
183 liche Entwicklungsperspektiven in anderen Wirtschaftsbereichen. In der In-
184 dustrie sind die Tarifbindung und die Elemente der „Guten Arbeit“ sehr gut
185 entwickelt. Eine resiliente Industrie bildet die Basis für ein gelingendes Ham-
186 burg. Wir setzen uns ein für entsprechende lokale Rahmenbedingungen, De-
187 karbonisierung und Local Content in den Wertschöpfungsketten, nicht zuletzt
188 zur Absicherung von Lieferketten. Die klimagerechte Transformation kann nur
189 gelingen, wenn die Industrie erhalten und beim Umbau begleitet wird.
190
- 191 11. Gute Arbeit im Handwerk. Die gewerkschaftliche Handwerksarbeit und deren
192 Arbeitnehmervertretung werden weiterhin unterstützt. Eine resiliente Industrie
193 kann nicht ohne eine gestärkte Handwerksbasis gelingen. Der DGB Hamburg
194 begleitet die Arbeitnehmer*innenvertretung in der Vollversammlung und den
195 Ausschüssen inhaltlich und strukturell. Wir setzen uns innerhalb des Fachkräf-
196 tenetzwerkes für eine Erhöhung des Frauenanteils im Handwerk und in techni-
197 schen Berufen ein, damit Klimaberufe weiblicher werden und die ökologische
198 Transformation nicht nur männlich besetzt wird.



12. Gleichstellung in der Arbeitswelt. Der DGB Hamburg wird auch in Zukunft auf allen Ebenen dafür kämpfen, diskriminierende Strukturen, wie zum Beispiel die unfreiwillige Teilzeit aufgrund der Übernahme von Pflege, sichtbar zu machen, aufzubrechen und Frauen zu empowern. Den überdurchschnittlich großen Gender-Pay-Gap gilt es in Hamburg zu schließen. Mit Aktionen auf der Straße, Veranstaltungen wie dem „WarmUp“ zum 8. März, dem Equal-Pay-Day sowie dem Einsatz für die Aufwertung von Sorgearbeit und fairen Arbeitsbedingungen statt Minijobs, setzen wir starke Zeichen für Geschlechtergerechtigkeit. Durch Bündnisse und Netzwerke verstärken wir unsere Forderungen nach konkreten Veränderungen – gegen Gewalt an Frauen und für gleiche Chancen im Erwerbsleben.
13. Einen starken, handlungsfähigen öffentlichen Dienst. Der DGB Hamburg setzt sich dafür ein, dass Senat und Bürgerschaft die Personalbedarfe regelmäßig überprüfen, entsprechendes Personal einstellen und den vorhandenen Beschäftigten Möglichkeiten zur Weiterentwicklung bieten. Tarifiergebnisse müssen über den Haushalt ausfinanziert werden und dürfen nicht zu Personalkürzungen führen.
14. Offensive Aus- und Weiterbildungspolitik im öffentlichen Dienst und in den öffentlichen Unternehmen der Stadt Hamburg. Dafür werden wir werben. Dies betrifft sowohl den Bereich der Laufbahnausbildung als auch die Ausbildung in Berufen nach dem Berufsbildungsgesetz.
15. Die zeit- und wirkungsgleiche Übertragung der Tarifiergebnisse auf die Besoldung und Versorgung der Beamt*innen im Anschluss an die Tarifrunden für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes der Länder. Wir werden den Senat auffordern, die im Rahmen der Tarifverhandlungen gefundenen Einigungen als Maßstab für die Anpassung der Besoldung und Versorgung zu nehmen. Die Ende 2025 auslaufende Angleichungszulage ist zu entfristen und in die Tabelle einzubauen. Bisher statische Zulagen sind regelmäßig anzupassen.
16. Amtsangemessene Alimentation. Wir werden auf Basis der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes eine amtsangemessene Alimentation der Beamt*innen sowie ihrer Familien einfordern. Der Senat ist dabei in der Pflicht, die amtsangemessene Alimentation regelmäßig zu prüfen und nachzuweisen.
17. Gute Arbeit im öffentlichen Dienst. Wir werden darauf hinwirken, dass gesunde Arbeitsbedingungen im öffentlichen Dienst gewährleistet werden. Hierzu gehört beispielsweise eine Reduzierung der in vielen Bereichen



240 zunehmenden Belastungen und die Umsetzung eines umfassenden Arbeits-
241 und Gesundheitsschutzes.

242
243 18. Bekämpfung der Gewalt gegen Beschäftigte im öffentlichen Dienst. Der DGB
244 Hamburg wird die zunehmende Gewalt gegen Beschäftigte des öffentlichen
245 Dienstes weiter thematisieren und auf geeignete Maßnahmen zum Schutz der
246 Beschäftigten drängen.

247
248 19. Wahrung der Interessen der Beschäftigten im Rahmen der fortschreitenden
249 Digitalisierung des öffentlichen Dienstes. Diese werden wir weiterhin mit Hilfe
250 der Vereinbarungsrechte durchsetzen.



B) Sozial-ökologische Transformation für alle

Der Klimawandel ist der Motor unseres gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Wandels hin zu einer klimaneutralen, digitalen Zukunft. Der DGB Hamburg und seine Mitgliedsgewerkschaften gestalten diesen Wandel, sodass in Zukunft gute Arbeit und ein gutes Leben für uns alle gesichert ist. Die grundlegenden Wandlungsprozesse in vielen Bereichen des Lebens und Arbeitens können verunsichern. Wir unterstützen die Kolleg*innen in diesen Wandlungsprozessen. Wir stehen für Solidarität, damit niemand allein bleibt angesichts der Herausforderungen. Wir setzen uns dafür ein, dass neue, hochwertige Arbeitsplätze entstehen. Wir wollen, dass Beschäftigte sich weiterbilden können, um neue Perspektiven zu finden. Wir stehen an der Seite der Beschäftigten und tragen gemeinsam dazu bei, die Veränderung fair und sozial gerecht zu gestalten. Wir stehen für soziale Gerechtigkeit.

Der DGB Hamburg setzt sich ein für:

1. Eine sozial-gerechte Transformation. Dafür braucht es betriebliche und branchenbezogene Transformationsstrategien, die mit den Beschäftigten, den Mitbestimmungsgremien und den Gewerkschaften gemeinsam entwickelt werden müssen, um tarifliche Beschäftigung zu sichern und auszubauen. Dazu dient als ein Instrument der Transformationsrat. Der DGB Hamburg wird diese Strategien gemeinsam weiterentwickeln und damit nicht zuletzt die Industrie in ihrer Resilienz stärken.
2. Ein nachhaltiges Hamburg. Der DGB Hamburg wird sein Engagement im Hamburger Nachhaltigkeitsforum fortsetzen sowie im Nachfolgegremium des Energiewendebeirats der Behörde für Umwelt, Klima, Energie und Agrarwirtschaft. Wir begleiten die Umsetzung des Hamburger Klimaplanes kritisch.
3. Eine nachhaltige Wirtschaft. Die Masterpläne Industrie und Handwerk müssen auch künftig Nachhaltigkeit, Mitbestimmung und Gute Arbeit vereinen. Genauso werden wir diese Perspektiven in die Stadtwirtschaftsstrategie und in die Weiterentwicklung des Hafenentwicklungsplans einfließen lassen. Der vielzitierte Bürokratieabbau darf nicht zum Abbau von Schutzrechten und -gesetzen zu Lasten der Arbeitnehmer*innen führen. Dem treten wir entschieden entgegen.



- 288 4. Die mitbestimmte Digitalisierung und KI-Nutzung in der Arbeitswelt. Wir setzen
289 uns ein für die verstärkte Einbindung von Betriebs- und Personalräten und be-
290 fördern das Regionale Zukunftszentrum mit seinem Hamburger Zusatzprojekt
291 zur Beratung der Mitbestimmungsgremien.
292
- 293 5. Mehr Investitionen in unsere Zukunft. Der DGB Hamburg setzt sich verstärkt ge-
294 genüber Senat und Arbeitgebern für eine sozial-ökologische Investitionsof-
295 fensive ein, bei der alle Finanzierungsspielräume genutzt werden. Damit ver-
296 bunden ist die Forderung nach einer klimagerechten, bezahlbaren und sozial-
297 gerechten Energiewende.
298
- 299 6. Die Umsetzung der Sustainable Development Goals (SDGs). Die Hamburger
300 Nachhaltigkeitsstrategie ist ein geeignetes Instrument, um den SDGs gerecht
301 zu werden. Wir werden das Thema Gute Arbeit weiterhin stringent platzieren.
302 Demensprechend werden wir verbindlichere Messindikatoren und Zielvorga-
303 ben zur Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele sowie bei der Nachhaltigkeitsbe-
304 richterstattung einfordern und die Nachhaltigkeitsstrategie auf diese Weise
305 noch stärker als bisher an den Kriterien Guter Arbeit orientieren und die Ziele
306 von Armutsbekämpfung über Bildung bis hin zu sozialer Gerechtigkeit kontex-
307 tualisieren.
308
- 309 7. Die Kooperation der norddeutschen Bundesländer. Eine Zusammenarbeit zu-
310 gunsten gemeinsamer Entwicklungsperspektiven hinsichtlich der sozial-öko-
311 logischen Transformation ist notwendig. Das wurde bereits durch die OECD
312 bescheinigt. Der DGB Hamburg wird sich für die Beteiligung Hamburgs an ei-
313 ner norddeutschen gemeinsamen aktiven Industriepolitik einsetzen, die den
314 klima- und beschäftigungspolitischen Herausforderungen gerecht wird.
315
316
317
318
319
320
321
322
323
324
325



C) Eine solidarische Gesellschaft für alle

Der DGB Hamburg ist sich mit seinen Mitgliedsgewerkschaften einig: Hamburg muss sich solidarisch aufstellen, so dass der gesellschaftliche Frieden gewahrt und das Erodieren unserer Demokratie gestoppt werden. Der Zunahme von Einkommensmillionären steht in dieser Stadt die wachsende Armut gegenüber. Zwar können wir konstatieren, dass rechte Parteien noch keinen breiten Nährboden in dieser Stadt gewinnen konnten, das darf uns aber nicht zu einer Politik des Abwartens verleiten. Wir Gewerkschaften stehen auf für eine Stadt der Vielfalt, der Offenheit und für eine starke Demokratie. Deswegen werden wir uns mit verstärktem Engagement für eine solidarische Stadt einsetzen, unseren Kolleg*innen in den Betrieben an der Seite stehen und auch weiterhin jede Zusammenarbeit mit der AFD ausschließen.

Der DGB Hamburg setzt sich ein für:

1. Eine solidarische, vielfältige und antirassistische Gesellschaft. Wir engagieren uns gegen Rechtsextremismus, völkischen Nationalismus, Rassismus, Antifeminismus, Queerfeindlichkeit, Demokratiefeindlichkeit, Antisemitismus und andere Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Wir sind ein aktiver Teil der demokratischen Hamburger Stadtgesellschaft und werden gemeinsam gegen Rechts und gegen die Angriffe auf unsere Demokratie aufstehen. Zudem werden wir die Zusammenarbeit mit unseren Partner*innenprojekten von Arbeit und Leben e.V. „Mobiles Beratungsteam gegen Rechtsextremismus“ und „Empower“ fortsetzen.
2. Politische Bildung. Wir werden uns weiterhin dafür einsetzen, dass politische Bildung in Hamburg stärker gefördert wird. Sie ist ein zentraler Baustein zur Stärkung der Demokratie und zur Abwehr von Rechtsextremismus. Sie befähigt Menschen, gesellschaftliche Entwicklungen kritisch zu hinterfragen und sich aktiv gegen Hass, Hetze und Ausgrenzung zu engagieren. Durch die Vermittlung von Grundkenntnissen über Gewerkschaften und betrieblichen Mitbestimmungsgremien festigt sie demokratische Strukturen. Gerade in Zeiten von Krisen und Verunsicherung ist politische Bildung entscheidend. Politische Bildung muss auch in Betrieben und Dienststellen eine stärkere Rolle einnehmen. Der DGB Hamburg wirbt für entsprechende betriebliche Maßnahmen, wie die Einführung einer „Demokratiezeit“.



3. Ein vielfältiges Hamburg mit Chancen. Wir unterstützen die Aufnahme, Versorgung und Integration geflüchteter Menschen. Wir erkennen die Vermittlung in Arbeit und Ausbildung als wichtige Basis für den langfristigen Aufenthalt und die eigenständige Sicherung der sozial-ökonomischen Grundlagen an. Dementsprechend setzen wir uns für eine Beschleunigung von Anerkennungsverfahren von Abschlüssen ein.
4. Den Zuzug von Fachkräften in den Hamburger Arbeitsmarkt. Faire Erwerbsmigration ist eine Voraussetzung zur Beseitigung und Vorbeugung des Fachkräftemangels. Zuletzt hat eine Ende 2024 veröffentlichte Studie der Bertelsmann Stiftung nachgewiesen, dass bis 2040 jährlich rund 288.000 internationale Arbeitskräfte zuwandern müssen, um den Bedarf des zukünftigen Arbeitsmarktes in Deutschland zu decken. Deswegen setzen wir uns für die Zertifizierung von Anwerbeagenturen ein sowie für die Nutzung der Potentiale der Menschen, die bereits eingewandert sind oder hier ankommen.
5. Das Validierungsverfahren begleiten wir kritisch mit Blick auf modulare Ergänzungen zur Anerkennung qualifizierter Berufsabschlüsse und damit zur Aufnahme qualifizierter Beschäftigung. Dem Verharren in Hilfstätigkeiten muss dringend entgegengewirkt werden. Wir setzen uns dafür ein, dass Frauen mit Migrations- oder Fluchtgeschichte und Kindern entsprechend ihren Bedarfen eine besondere Unterstützung zukommt. Die Entwicklung und Etablierung des Hamburger Welcome Centers für zugewanderte Fachkräfte begleiten wir weiterhin kritisch konstruktiv.
6. Soziale Gerechtigkeit sicherstellen. Die Überwindung von Armut in all ihren Erscheinungsformen. Die Armutsgefährdungsquote in Hamburg liegt aktuell bei 18,8 Prozent. Alleinerziehende, Kinder und Menschen mit Flucht- und Migrationsgeschichte sowie Senior*innen sind in besonderem Maße betroffen. Leistungen der Daseinsvorsorge müssen in ausreichendem Umfang bereitgestellt werden und allen Menschen in ausreichendem Ausmaß zugutekommen. Dafür kooperieren wir mit Sozial- und Wohlfahrtsverbänden, um Initiativen für soziale Gerechtigkeit und gesellschaftliche Teilhabe zu fördern und damit zur Stärkung unserer Demokratie beizutragen.
7. Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums von oben nach unten durch entsprechende landespolitische Initiativen, z.B. zur Vermögenssteuer oder Gemeindewirtschaftssteuer. So kann die Finanzierung öffentlicher Angebote und



der sozialen Daseinsvorsorge auf eine solide Haushaltsbasis gestellt werden und kommt der Verteilungsgerechtigkeit in dieser Stadt zugute. Weiterhin halten wir daran fest, dass die Schuldenbremse eine Zukunftsbremse ist. Die überfällige Reform werden wir auf Landesebene kritisch begleiten.

8. Bezahlbaren Wohnraum. Wir bleiben als DGB Hamburg Partner des Mietenstoppbündnisses und setzen uns dafür ein, dass Umwandlungen von Mietwohnungen in Eigentum gestoppt und die Mieten für die nächsten sechs Jahre eingefroren werden. Die Einführung der neuen Wohngemeinnützigkeit ist überfällig und muss dringend umgesetzt werden. Wir setzen uns für die Förderung altersgerechten, barrierefreien und ökologischen Sanierens ein. Es müssen gesetzgeberische Möglichkeiten für die Nutzung von Leerstand geschaffen werden. Der neue Hamburg Standard kann einen Weg für mehr und schnelleren Wohnungsbau darstellen und muss zügig auf eine rechtssichere Basis gestellt werden. Der Erfassungszeitraum für den Mietenspiegel muss auf zehn Jahre erhöht werden und um rechtswidrige Mieten in der Berechnung bereinigt werden. Die Umsetzung der Ergebnisse der Machbarkeitsstudie zur Erreichung der Klimaziele in Bezug auf Gebäudesanierungen seitens der Stadtentwicklungsbehörde werden wir weiterhin kritisch mit dem Blick der Sozialverträglichkeit für Mieter*innen begleiten.

9. Eine qualitativ hochwertige Gesundheitsversorgung für alle Bürger*innen Hamburgs in allen Stadtteilen. Diese muss wohnortnah und niedrigschwellig sein, und bei der Planung müssen ambulante und stationäre Versorgung zusammen gedacht werden. Gute Versorgung setzt bedarfsgerechte Personalausstattung in den Kliniken, Betrieben und Einrichtungen voraus. Um dem Fachkräftemangel in der Pflege entgegenzuwirken, braucht es attraktive Arbeitszeiten und tarifliche Bezahlung. In allen Stadtteilen muss die Versorgung mit verschiedenen Fachrichtungen sichergestellt werden. Der DGB Hamburg setzt sich gegenüber der Landesregierung für die Weiterentwicklung der Pflegeversicherung hin zur Pflegebürgerversicherung ein, die nicht nur wie bisher nur auf Gehälter, sondern zum Beispiel auch auf Aktiengewinne und Mieteinnahmen erhoben werden. Alle pflegebedingten Kosten sollen garantiert abgedeckt werden, sodass pflegebedürftige Menschen in stationären Einrichtungen nicht länger durch zu hohe Eigenanteile überfordert und auch ambulant bedarfsgerecht versorgt werden. Pflege darf kein Armutsrisiko sein und nicht zum Spekulationsobjekt privater Immobilienkonzerne werden. Vor



diesem Hintergrund begrüßt der DBG Hamburg ausdrücklich den Rückkauf von PFLEGEN & WOHNEN durch die Stadt Hamburg.

10. Inklusion in der Arbeitswelt. Die UN-Behindertenrechtskonvention ist in den Betrieben umzusetzen. Das Beratungsprojekt Handicap ist zu verstetigen.

11. Die Gestaltung demokratischer politischer Prozesse. Der DGB Hamburg mischt sich in die Debatten der Stadt ein – auch in Bergedorf und Harburg. Deswegen fördern und stärken wir die ehrenamtlichen Strukturen der Stadtverbände in enger Abstimmung mit den Kolleg*innen vor Ort und ihren Möglichkeiten. Gleiches gilt für die ehrenamtlichen Strukturen des Frauenausschusses, des AK LSBTI*, des AK Frieden und Demokratie sowie der DGB Senior*innen.

12. Eine Hamburgische Senior*innenpolitik. Über den Jahresempfang, kontinuierlichen Sitzungen der Koordination Senior*innenpolitik innerhalb des DGB (kurz: Kosepo) und den Delegiertenversammlungen der gewerkschaftlichen Vertretungen im Landessenorenbeirat begleiten wir kritisch den Aktionsplan „Für ein altersfreundliches Hamburg/Age-friendly City“. Wir setzen uns für Partizipation und Teilhabe ein und bringen unsere kritische Perspektive ein, wenn öffentliche Dienstleistungen komplett ins Digitale verlagert werden sollen oder Ältere Diskriminierung erleben. Ein Senior*innenticket muss eingeführt werden.

13. Frieden und gesellschaftlichen Zusammenhalt. Der völkerrechtswidrige Angriff von Russland auf die Ukraine hat die innergewerkschaftliche Friedenspositionierung auf den Prüfstand gestellt und neue Fragen aufgeworfen. Diese Debatten sind für uns längst nicht abgeschlossen und müssen weitergeführt werden. Verteidigungsfähigkeit darf nicht einhergehen mit ungebremsster Aufrüstung. Rüstungsexporte müssen dauerhaft reduziert, Rüstungsausgaben nachhaltig gesenkt und Massenvernichtungswaffen geächtet werden. Wichtigstes Ziel muss sein, einen Zustand der gemeinsamen Sicherheit zu schaffen, der Krieg in Europa unmöglich macht. Dafür sind dringend notwendige Investitionen in eine solidarische, nachhaltige und demokratische Gesellschaft vorzunehmen. Wir setzen uns ein für eine starke politische Bildung ebenso wie für die Beibehaltung der Zivilklauseln an Universitäten und Hochschulen. Den Antikriegstag am 1. September werden wir auch zukünftig als wichtigen Gedenktag begehen. Den 8. Mai fordern wir als Tag der Befreiung vom Faschismus als Feiertag ein. Der AK Demokratie und Frieden wird sich mit den aktuellen Herausforderungen zur Stärkung unserer Demokratie unter den veränderten Herausforderungen der letzten Jahre befassen und friedenspolitische und demokratiestärkende Justierungen erarbeiten.



D) Gute Bildung und Ausbildung für alle

Gute Bildung ist ein Menschenrecht und die Grundvoraussetzung für ein selbstbestimmtes Leben. Bildung sichert kulturelle, soziale und demokratische Teilhabe an der Gesellschaft und am Arbeitsmarkt. Wir setzen uns für ein Bildungssystem ein, das allen Menschen bestmögliche Bildung unabhängig von der sozialen Herkunft bietet. Gleiche Bildungschancen sind die Grundlage, um kulturelle, ökonomische, demokratische und soziale Teilhabe für alle zu ermöglichen. In Hamburg ist Bildungserfolg aber hochgradig von der sozialen Herkunft abhängig. Zu viele junge Menschen verlassen die Schule ohne einen Abschluss oder finden keine Ausbildung. Ein gutes Bildungssystem steht und fällt mit gut qualifizierten Fachkräften, Lehrer*innen und Ausbildungspersonal in den Betrieben. Sie brauchen gute Arbeitsbedingungen, um alle jungen Menschen individuell begleiten zu können. Die Arbeit im Bildungswesen muss wieder attraktiver werden, um den Mangel an Lehr- und Fachkräften zu bekämpfen.

Der DGB Hamburg setzt sich ein für:

1. Gute Ausbildung für alle schaffen. Wenn Ausbildungsplätze nicht besetzt werden können, liegt das auch an unattraktiven Ausbildungsbedingungen. Der DGB-Jugend Ausbildungsreport hat 2024 diverse Missstände aufgezeigt: Fast 15 Prozent der Auszubildenden müssen immer oder häufig ausbildungsfremde Tätigkeiten ausüben. Bei nur einem Drittel ist das nie der Fall. Mehr als ein Drittel der Befragten (34,7 Prozent) muss regelmäßig Überstunden machen – ein Verstoß gegen das Berufsbildungsgesetz. Außerdem leiden die jungen Menschen unter den unsicheren Übernahmeperspektiven. Selbst im dritten Ausbildungsjahr hatten fast die Hälfte der befragten Auszubildenden (45 Prozent) keine Information darüber, ob sie in ihrem Betrieb weiterbeschäftigt werden. Für Auszubildende mit Deutsch als Fremdsprache sind Sprachkurse einzurichten, die sie auf die Ausbildung vorbereiten und begleiten. Ohne mehr und gute Ausbildung wird der Fachkräftemangel nicht zu beheben sein. Deswegen setzen wir uns für attraktive Ausbildungsbedingungen auf tarifvertraglicher Basis und gelebte Mitbestimmung im Betrieb ein.
2. Einen umlagefinanzierten Ausbildungsfonds. Nur noch 15,5 Prozent der Hamburger Betriebe bilden aus. Hamburg ist damit Schlusslicht der westdeutschen Bundesländer. Das ist zu wenig vor dem Hintergrund steigender Schüler*innenzahlen in Hamburg bis 2035. Ausbildende Betriebe sichern das



Fachkräfteangebot und bieten jungen Menschen eine Perspektive. Sie tragen das Risiko, dass ihnen die ausgebildeten Fachkräfte abgeworben werden. Eine Ausbildungsumlage senkt das finanzielle Risiko für den einzelnen Betrieb und wirkt dagegen, dass sich nichtausbildende Betriebe aus der Verantwortung ziehen. Eine Ausbildungsumlage steigert die Ausbildungskapazität und sorgt mit der besseren Finanzierung für eine höhere Ausbildungsqualität. Weniger Ausbilder*innen bedeuten auch für die Zukunft weniger Prüfer*innen. Dieser Kreislauf muss durchbrochen werden. Der DGB Hamburg setzt sich dementsprechend für einen umlagefinanzierten Ausbildungsfonds für Hamburg ein.

3. Auf Veränderungen in der Arbeitswelt durch moderne Lehre und Arbeitsmittel vorbereiten. Nur gut vier von zehn (42,1 Prozent) der Auszubildenden sehen sich durch den eigenen Ausbildungsbetrieb »sehr gut« oder »gut« auf die Anforderungen der Digitalisierung im künftigen Beruf vorbereitet. Mehr als jede*r Vierte (26,7 Prozent) bewertet die Vorbereitung auf die Digitalisierung durch den Betrieb nur mit »ausreichend« oder sogar »mangelhaft«. Lehr- und Lernmittel müssen modern und für alle Auszubildenden zugänglich sein und das Lehrpersonal muss den Umgang damit geschult vermitteln, um ein soziales Abhängen durch fehlende digitale Bildung zu vermeiden. Wir werden uns dafür einsetzen, dass Berufsschulen und Lehrpersonal entsprechend ausgestattet bzw. geschult werden. Die Ausbilder-Eignungsverordnung (AEVO) muss modernisiert und regelmäßige Fortbildungen für Ausbildungspersonal müssen verankert werden.

4. Wohnraum für die junge Generation. Wohnraummangel wirkt sich negativ auf die Perspektiven von Ausbildungs- sowie Studieninteressierten und Berufseinsteiger*innen aus und damit auch auf den Standort Hamburg. Wir werden gegenüber dem Senat und der Bürgerschaft das Thema Azubiwohnen und Studierendenwohnen stärker thematisieren und neben den Bau von Wohnungen weitere Unterstützungsformate einfordern.

5. Gute Weiterbildung. Betriebliche Qualifizierung und berufliche Weiterbildung sind eine wichtige Voraussetzung bei der Transformation der Wirtschaft. Bei der Teilnahme an Weiterbildung zeigt sich einmal mehr das sozial selektive Bildungssystem. Angebote werden häufiger von Vollzeitbeschäftigten, Führungskräften, Männern oder Menschen ohne Migrationshintergrund wahrgenommen. Für viele scheitert eine Teilnahme an fehlendem Geld und fehlender Zeit. Wir als DGB Hamburg setzen uns deshalb für ein Recht auf



555 Weiterbildung ein, das Beschäftigte selbstbestimmt nutzen können und für
556 verbesserte Förderinstrumente. Unersetzlich sind die Beschäftigten in der Wei-
557 terbildung, deren Arbeitsbedingungen dringend verbessert werden müssen.
558 Sie arbeiten zu einem enorm hohen Anteil in prekären Beschäftigungsverhält-
559 nissen auf Honorarbasis, nicht selten befristet, und übernehmen dadurch alle
560 Beschäftigungsrisiken. Der DGB Hamburg setzt sich für gute Arbeitsbedingun-
561 gen in der (beruflichen) Weiterbildung ein und begleitet engmaschig die Ar-
562 beit des Bündnisses für Berufliche Bildung.



1 **Antragsnummer: 2**

2 **Antragsstellende*r: DGB-Jugend Hamburg**

3 **Empfehlung der ABK: Annahme als Material zum Leitantrag (Antrag 1)**

5 **Titel:**

6 **Antrag Stärkung der Gedenkarbeit in der Region Ham-**
7 **burg**

9 **Antrag:**

10 Die Konferenz möge beschließen:

12 Dass Gedenkarbeit zum NS-Regime und dessen Verbrechen weiterhin und
13 verstärkt Aufmerksamkeit erhält, in der gewerkschaftlichen Arbeit themati-
14 siert und als fester untrennbarer Bestandteil auf regionaler und bezirklicher
15 Ebene integriert wird.

17 Umgesetzt werden kann dies zum Beispiel in Form von

- 18 • Seminaren,
- 19 • Workshops,
- 20 • Besuchen von regionalen Gedenkstätten & -orten,
- 21 • Stadtrundgängen
- 22 • Austausch mit aktiven Gruppen und (wenn möglich) Zeitzeug*innen.

24 **Begründung:**

25 Wir beobachten wie, sowohl innerhalb als auch außerhalb Europas, der Fa-
26 schismus mehr und mehr salonfähig wird und faschistische, rassistische
27 und antisemitische Narrative den politischen Diskurs immer deutlicher prä-
28 gen. Mit dem Ableben von immer mehr Zeitzeug*innen wird die Verantwor-
29 tung, die bei nachkommenden Generationen liegt, nur höher. Denn wenn
30 niemand mehr lebt, um sich zu erinnern, wird die Gedenkarbeit und Aufklä-
31 rung um einiges relevanter. Diese Verantwortung liegt bei uns, der Jugend,
32 der Gewerkschaften und eben dieser wollen wir durch genannte Maßnah-
33 men gerecht werden.

1 **Antragsnummer: 3**

2 **Antragsstellende*r: DGB-Jugend Hamburg**

3 **Empfehlung der ABK: Annahme als Material zum Leitantrag (Antrag 1)**

4
5 **Titel:**

6 **Jährlichen Begehung des “Workers Memorial Day” am**
7 **28. April in der Region Hamburg**

8
9 **Antrag:**

10 Die Konferenz möge beschließen:

11
12 Gute und sichere Arbeitsbedingungen für alle! Heraus zum Workers Memorial Day!

13
14 Um unseren verunfallten Kolleginnen und Kollegen – ob erkrankt, verletzt oder ver-
15 storben – zu gedenken, aber auch um ein deutliches Zeichen für gute und sichere
16 Arbeitsbedingungen für alle Beschäftigten zu setzen, beteiligt sich der DGB-Ham-
17 burg am internationalen Gedenktag „Workers Memorial Day“, der jedes Jahr am
18 28. April stattfindet und setzt sich für eine gewerkschaftsübergreifende Zusam-
19 menarbeit ein, mit dem Ziel, den Tag im gesamten Norden und besonders in der
20 Region Hamburg zu etablieren.

21
22 **Begründung:**

23 In den letzten Jahren kommt es Hamburg wieder vermehrt zu schweren, teils tödli-
24 chen Arbeitsunfällen. Ob auf den zahlreichen Großbaustellen in Hamburg, bei gro-
25 ßen Industrieunternehmen oder im Hafen – immer wieder erleiden unsere Kolle-
26 ginnen und Kollegen schwere gesundheitliche Schäden oder verlieren sogar ihr
27 Leben auf der Arbeit. Doch das ist weder Schicksal noch Unglück. Gute und vor al-
28 lem sichere Arbeitsbedingungen sind entscheidende Grundpfeiler des gewerk-
29 schaftlichen Kampfes in Betrieb und Gesellschaft. Als Gewerkschafter sind wir
30 grundsätzlich der Auffassung: es gibt keinen Unfall, der nicht verhindert werden
31 kann! Deshalb ist der Schutz von Gesundheit und Leben für uns keine Frage von
32 Zufall oder Pech, sondern ein elementares Grundrecht aller Beschäftigten. Diesen
33 Umstand nehmen wir zum Anlass: Am 28.04. den Kolleginnen und Kollegen zu Ge-
34 denken und mit klaren Forderungen nach mehr Arbeitssicherheit zu begehen.

1 **Antragsnummer: 4**

2 **Antragsstellende*r: ver.di-Landesbezirksvorstand Hamburg**

3 **Empfehlung der ABK: Annahme in geänderter Fassung**

4
5 **Ergänzung zum Antrag: Der DGB Hamburg prüft, inwieweit weitere grund-**
6 **sicherungs- und wohngeldberechtigte Personengruppen einen solchen**
7 **Ortszuschlag erhalten könnten, und setzt sich für die Einführung eines sol-**
8 **chen ein.**

9
10 **Begründung: Erfolgt mündlich.**

11
12 **Titel:**

13 **Ortszuschlag für Rentner*innen, die Grundsicherung**
14 **oder Wohngeld berechtigt sind**

15
16 **Antrag:**

17 Die DGB-Delegiertenkonferenz Hamburg möge beschließen:

18
19 Der DGB Hamburg setzt sich für einen Ortszuschlag für Rentner*innen ein, die
20 Grundsicherung oder Wohngeld berechtigt sind.

21 *Der DGB Hamburg prüft, inwieweit weitere grundsicherungs- und wohngeldbe-*
22 *rechtigte Personengruppen einen solchen Ortszuschlag erhalten könnten, und setzt*
23 *sich für die Einführung eines solchen ein.*

24
25 **Begründung:**

26 Ein nicht unerheblicher Teil der Rentner*innen lebt an der Armutsgrenze. Diese
27 Gruppe ist besonders von der Inflation und den gestiegenen Lebenshaltungskos-
28 ten betroffen. Auch für Rentner*innen muss ein würdiges Leben in einer Großstadt
29 wie Hamburg möglich sein. Eine Mietkostenbeihilfe allein reicht dazu nicht aus. Die
30 Lebenshaltungskosten in Hamburg liegen mehr als 10% über dem bundesweiten
31 Durchschnitt. Das bedeutet, dass man mit demselben Betrag in Hamburg weniger
32 Waren und Dienstleistungen kaufen kann als im Durchschnitt der Republik.

33
34 Bei der sozialen Grundsicherung werden die überdurchschnittli-
35 chen Lebenshaltungskosten nur in Bezug auf die Miete teilweise



36 berücksichtigt, indem die Obergrenzen bei der zulässigen Miete höher liegen als in
37 anderen Regionen. Wobei auch hier die Mietobergrenzen mit der realen Mietpreis-
38 entwicklung nicht Schritt halten.

39
40 Hier bietet der §29 SGB XII, Absatz 2 beziehungsweise 3 den Bundesländern die
41 Möglichkeit eine Rechtsverordnung zu erlassen, die die Träger der Sozialhilfe er-
42 mächtigt, regionale Besonderheiten oder statistisch nachweisbare Abweichungen
43 in den Verbrauchsausgaben zu berücksichtigen.



1 **Antragsnummer: 5**

2 **Antragsstellende*r: ver.di-Landesbezirksvorstand Hamburg**

3 **Empfehlung der ABK: Annahme in geänderter Fassung**

4
5 **Änderung des Antrags: Der Vorstand des DGB Hamburg wird aufgefor-**
6 **dert, einen gleichlautenden Antrag an die Bezirkskonferenz Nord zu stel-**
7 **len und sich für eine gleichlautende Antragsstellung an den OBK einzu-**
8 **setzen.**

9
10 **Begründung: Erfolgt mündlich.**

11
12 **Titel:**

13 **Neuausrichtung der Rentenpolitik in Deutschland**

14
15 **Antrag:**

16 ~~Antrag zur Annahme und Überweisung an den Ordentlichen Bundeskongress des~~
17 ~~DGB:~~

18 Der Vorstand des DGB Hamburg wird aufgefordert, einen gleichlautenden Antrag
19 an die Bezirkskonferenz Nord zu stellen und sich für eine gleichlautende Antrags-
20 stellung an den OBK einzusetzen.

21
22 Die DGB-Delegiertenkonferenz Hamburg möge beschließen:

23
24 Der Deutsche Gewerkschaftsbund setzt sich für eine grundlegende Neuausrich-
25 tung der Rentenpolitik in Deutschland ein und arbeitet auf die folgenden Leit-
26 sätze hin:

- 27
28 1. Der systematische Abbau der Renten in den letzten 25 Jahren muss zukünf-
29 tig gestoppt werden.
30
31 2. Stattdessen muss eine Trendumkehr zu einer besseren, höheren, und soli-
32 darischen Altersversorgung eingeleitet werden durch Maßnahmen, die da-
33 für sorgen, dass
34

- i) der ständige Produktivitätszuwachs auch den Menschen im Alter durch eine gute Versorgung zugutekommt.
- ii) jeder Rentenbeitragszahler am Ende seines Arbeitslebens eine Rente erhält, die deutlich über der Armutsgrenze liegt (Mindestrente).
- iii) dass Frauen durchschnittlich keine geringeren Renten mehr erhalten als Männer.
- iv) höhere Arbeitgeber- als Arbeitnehmerbeiträge zur Finanzierung der Rente gezahlt werden müssen.
- v) eine Senkung statt einer Erhöhung des Renteneintrittsalters erfolgt.
- vi) versicherungsfremde Leistungen zukünftig nicht mehr aus der Rentenkasse finanziert werden dürfen, sondern aus Steuermitteln genommen werden müssen.
- vii) die Umlage finanzierte Rente als Lebensstandard sichernde Rente erhalten bleibt und keine Beiträge in eine, wie auch immer geartete, Kapitalrentenversicherung fließen.
- viii) es eine Rentengarantie durch den Staat gibt!

Begründung:

Es gibt keinen nachvollziehbaren Grund dafür, dass in der stärksten Volkswirtschaft der EU ein so viel schlechteres Rentenniveau besteht als in den vergleichbaren Nachbarstaaten und Frauen systematisch geringere Renten erhalten als Männer.

Der auf den letzten ordentlichen DGB-Bundeskongress gefasste Beschluss, zunächst das derzeitige Rentenniveau von 48% auch über 2025 hinauszusichern, ist in dieser Hinsicht keinesfalls ausreichend und muss mit einer Perspektive der Wiederanhebung des Rentenniveaus verbunden werden, welches ein auskömmliches Leben nach einem langen Arbeitsleben sorgenfrei ermöglicht.

Es gilt ein deutsches Rentensystem zu etablieren, dass die oben genannten Forderungen ermöglicht. Zur Finanzierung muss der Arbeitgeberanteil zum Rentenbeitrag höher ausfallen als die Vorsorge des Arbeitnehmers, damit ein angemessener Teil der Produktivitätsgewinne in die Rentenfinanzierung fließen. Zusätzlich zum Bundeszuschuss aus Steuermitteln müssen Vermögen und Aktiengewinne zur Rentenfinanzierung zusätzlich herangezogen werden.

Ziel sollte es dabei sein, mindestens eine vergleichbare Rente wie in anderen Alterssicherungssystemen zu erreichen, um die auch in der Alterssicherung bestehende Zwei-Klassen-Gesellschaft sowie die Benachteiligung von Frauen zu beenden! Dies liegt im Interesse der heutigen aktiven



74 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, um der Gefahr der drohenden Altersarmut
75 zu entgehen.

76

77 Versicherungsfremde Leistungen dürfen zukünftig nicht mehr aus der Renten-
78 kasse, sondern müssen aus Steuermitteln finanziert werden. Gezahlte Rentenansprüche sind künftig ausschließlich für die Beitragszahlenden und deren direkte
79 Renten zu verwenden.

80

81
82 Das Renteneintrittsalter muss sinken, statt steigen, weil durch die abnehmende
83 Zahl an Beitragszahlern härter gearbeitet werden muss und die Arbeitnehmer früher
84 als bisher nicht mehr in der Lage sind, die höhere Produktivität zu meistern.
85 Weiterhin bedarf es Zuwanderung in den deutschen Arbeitsmarkt ausländischer
86 Arbeitskräfte, um den Mangel an Arbeitskräften entgegenzuwirken. Freiwilliges arbeiten über die Altersgrenze hinaus muss möglich, aber nicht verpflichtend sein.
87



Antragsnummer: 6

Antragsstellende*r: ver.di-Landesbezirksvorstand Hamburg

Empfehlung der ABK: Annahme in geänderter Fassung

Änderung des Antrags: Der Vorstand des DGB Hamburg wird aufgefordert, einen gleichlautenden Antrag an die Bezirkskonferenz Nord zu stellen und sich für eine gleichlautende Antragsstellung an den OBK einzusetzen.

Begründung: Erfolgt mündlich.

Titel:

Verbot der Partei AfD Alternative für Deutschland

Antrag:

~~Antrag zur Annahme und Überweisung an den Ordentlichen Bundeskongress des DGB:~~

Der Vorstand des DGB Hamburg wird aufgefordert, einen gleichlautenden Antrag an die Bezirkskonferenz Nord zu stellen und sich für eine gleichlautende Antragsstellung an den OBK einzusetzen.

Die DGB-Delegiertenkonferenz Hamburg möge beschließen:

Der DGB setzt sich für ein Verbot der Partei AfD Alternative für Deutschland aktiv ein.

Begründung:

Der DGB und seine Mitglieds-Gewerkschaften stehen für Demokratie, Gleichberechtigung, Weltoffenheit und Toleranz und damit im klaren Widerspruch zur AfD. Diese Partei ist in weiten Teilen eine Partei der extremen Rechten, die gegen zentrale Werte unseres Grundgesetzes und der Demokratie steht und damit unvereinbar mit gewerkschaftlichen Grundpositionen und Grundwerten ist. Dies hat inzwischen auch das Bundesamt für Verfassungsschutz festgestellt.

Deshalb wird sich der DGB mit all seinen Gliederungen bei allen für ein Verbotsverfahren zuständigen Stellen dafür einsetzen, ein Verbotsverfahren einzuleiten.

Antragsnummer: 7

Antragsstellende*r: ver.di-Landesbezirksvorstand Hamburg

Empfehlung der ABK: Annahme in geänderter Fassung

Änderung des Antrags: Der Vorstand des DGB Hamburg wird aufgefordert, einen gleichlautenden Antrag an die Bezirkskonferenz Nord zu stellen und sich für eine gleichlautende Antragsstellung an den OBK einzusetzen.

Begründung: Erfolgt mündlich.

Titel:

Mitgliedsbeiträge zielgerecht und effektiv einsetzen

Antrag:

~~Antrag zur Annahme und Überweisung an den Ordentlichen Bundeskongress des DGB:~~

Der Vorstand des DGB Hamburg wird aufgefordert, einen gleichlautenden Antrag an die Bezirkskonferenz Nord zu stellen und sich für eine gleichlautende Antragsstellung an den OBK einzusetzen.

Die DGB-Delegiertenkonferenz Hamburg möge beschließen:

Der DGB setzt eine zeitlich befristete Arbeitsgruppe, bestehend aus ehren- und hauptamtlichen Mitgliedern der Mitgliedsgewerkschaft und des DGB, mit folgendem Auftrag ein:

Die Arbeitsgruppe überprüft anhand einer Aufgabenkritik die von den Mitgliedsgewerkschaften zur Verfügung gestellten Finanzmittel mit dem Ziel, die zur Verfügung gestellten Mittel noch zielgerichteter als bisher für die Aufgaben des DGB einzusetzen. Ein weiteres mögliches Ergebnis kann sein, dass bei Aufrechterhaltung der notwendigen Aufgaben Mittel in einem Umfang eingespart werden können, die zu einer Absenkung der Mitgliedsbeiträge führen können.

The logo 'Stärker mit uns.' is located in the bottom right corner. It features the text 'STÄRKER MIT UNS.' in white capital letters inside a circular graphic composed of concentric rings in shades of purple, pink, and red.

**STÄRKER
MIT UNS.**

36 **Begründung:**

37 Der DGB finanziert sich aus den Mitgliedsbeiträgen aller Mitglieder der Mitgliedsge-
38 werkschaften. Diese Mittel stehen dann nicht mehr für operative Aufgaben der Mit-
39 gliedsgewerkschaften zur Verfügung. Derzeit werden pro Mitglied 12,5% des Mit-
40 gliedsbeitrages an den DGB abgeführt.

41 Die Entscheidung über den jeweils gültigen Haushalt trifft der Bundesausschuss
42 des DGB. Da die zumeist nur wenige Stunden andauernden Sitzungen des Bundes-
43 ausschusses in den letzten Jahren ausschließlich virtuell stattfanden, war eine in-
44 tensive und solidarische Befassung kaum möglich. Eine zeitlich befristet einge-
45 setzte Arbeitsgruppe kann hier sinnvolle Hinweise für die Mitglieder des
46 Bundesausschusses hinsichtlich der Mittelverwendung in künftigen Haushalten
47 geben.



1 **Antragsnummer: 8**

2 **Antragsstellende*r: ver.di-Landesbezirksvorstand Hamburg**

4 **Empfehlung der ABK: Annahme in geänderter Fassung**

6 **Änderung des Antrags: Der Vorstand des DGB Hamburg wird aufgefor-**
7 **dert, einen gleichlautenden Antrag an die Bezirkskonferenz Nord mit**
8 **dem Ziel zu stellen, dass der Bezirksvorstand Nord einen Antrag zur Sat-**
9 **zungsänderung an den OBK einreicht.**

11 **Begründung: Erfolgt mündlich.**

13 **Titel:**

14 **Zweite Stellvertretung im DGB-Bezirksvorsitz bei Drei-**
15 **Länder-Bezirken**

17 **Antrag:**

18 ~~Antrag zur Annahme und Überweisung an den Ordentlichen Bundeskongress des~~
19 ~~DGB:~~

20 Der Vorstand des DGB Hamburg wird aufgefordert, einen gleichlautenden Antrag
21 an die Bezirkskonferenz Nord mit dem Ziel zu stellen, dass der Bezirksvorstand Nord
22 einen Antrag zur Satzungsänderung an den OBK einreicht.

24 Die DGB-Delegiertenkonferenz Hamburg möge beschließen:

26 Die Satzung des DGB wird so geändert, dass in den DGB-Bezirken, die sich über
27 drei Bundesländer erstrecken, eine zweite Stellvertretung für den DGB-Bezirksvor-
28 sitz gewählt werden kann.

30 **Begründung:**

31 Der DGB Nord z.B. repräsentiert die drei Bundesländer Schleswig-Holstein, Mecklen-
32 burg-Vorpommern und Hamburg. Im Vorsitz des Bezirks können aber nur zwei die-
33 ser drei Länder direkt durch Personen, die aus diesen Ländern kommen und dort
34 vor Ort arbeiten, direkt vertreten werden. Mit einer zweiten Stellvertretung für den
35 Bezirksvorsitz, insgesamt also 3 Positionen im Bezirksvorsitz,
36 könnten alle drei Länder gleichermaßen abgebildet werden.

Antragsnummer: 9

Antragsstellende*r: ver.di-Landesbezirksvorstand Hamburg

Empfehlung der ABK: Ablehnung

Begründung: Erfolgt mündlich.

Titel:

Angemessene Mitwirkungsrechte für die Seniorinnen und Senioren im DGB

Antrag:

Antrag zur Annahme und Überweisung an den Ordentlichen Bundeskongress des DGB:

Die DGB-Delegiertenkonferenz Hamburg möge beschließen:

Die DGB-Satzung soll dahingehend geändert werden, dass auch die Personengruppe der Seniorinnen und Senioren Mitwirkungsrechte erhält.

Die im Folgenden aufgeführten Satzungsbestimmungen der Satzung des DGB sind - wie beschrieben und unterstrichen - zu ergänzen bzw. zu ändern.

§ 2 Grundsätze, Ziele und Aufgaben des Bundes Ziff. 3: den zweiten Spiegelstrich bei „d)“ herausnehmen und hinter „g)“ als h) wie folgt umformulieren:

„h) in der Seniorenpolitik und Seniorenarbeit:

- die Vertretung der Interessen der Seniorinnen und Senioren und die Wahrung ihrer Mitwirkung bei der Gestaltung des gesellschaftlichen Lebens, in Sicherung und Entwicklung ihrer ökonomischen, sozialen und kulturellen Belange;
- die Festlegung von Entscheidungsstrukturen der DGB-Senioren in einer Richtlinie.

Die nachfolgenden Buchstaben ändern sich in „i)“ und „j)“.

§ 7 Bundeskongress Ziff. 5: den vorletzten Satz wie folgt ergänzen:

„...Dabei sollen die Frauen und die Jugend entsprechend ihrem Mitgliederanteil in der jeweiligen Gewerkschaft vertreten sein; die Seniorinnen und Senioren sollen angemessen vertreten sein. Näheres regelt eine Richtlinie.“

§ 7 Bundeskongress Ziff. 9 ist wie folgt zu ergänzen:

„9. Anträge an den Bundeskongress können gestellt werden von: ...

- dem Bundes-Frauenausschuss,
- dem Bundes-Jugendausschuss,
- dem Bundes-Seniorenausschuss.“

§ 8 Bundesausschuss Ziff. 3 ist wie folgt zu ergänzen:

„3. Je eine Vertreterin bzw. ein Vertreter des Bundes-Frauen-, des Bundes-Jugend- und des Bundes-Seniorenausschusses nimmt an den Sitzungen mit beratender Stimme teil.“

§ 11 Bezirke Ziff. 6 ist wie folgt zu ergänzen:

„... Dabei sollen die Frauen und die Jugend entsprechend ihrem Mitgliederanteil in der jeweiligen Gewerkschaft vertreten sein; die Seniorinnen und Senioren sollen angemessen vertreten sein. Näheres regelt eine Richtlinie.“ ... „und je zwei Vertreterinnen bzw. Vertreter des Bezirks-Frauen-, Bezirks-Jugend- und des Bezirksseniorenausschusses nehmen mit beratender Stimme an den Bezirkskonferenzen teil.“

§ 11 Bezirke Ziff. 12 ist wie folgt zu ergänzen:

„12. Anträge an die Bezirkskonferenzen können gestellt werden von: ...

- dem Bezirks-Frauenausschuss,
- dem Bezirks-Jugendausschuss,
- dem Bezirks-Seniorenausschuss.“

§ 11 Bezirke Ziff. 14 ist wie folgt zu ergänzen:

„14. Die Bezirksvorstände bestehen aus der bzw. dem Bezirksvorsitzenden, der bzw. dem stellvertretenden Bezirksvorsitzenden, je einer Bezirksleiterin bzw. einem Bezirksleiter der im Bezirk vertretenen Gewerkschaften und einer Vertreterin des Bezirksfrauenausschuss sowie je einem/r Vertreter/in des Bezirksjugendausschusses und des Bezirksseniorenausschusses...“

Sofern § 11 Ziff. 14 als Satzungsänderung beschlossen wird, könnte folgende Formulierung in § 11 Ziff. 16 wegfallen:

„16. Soweit Seniorenpolitik auf der Ebene des Bezirkes koordiniert wird, sollen Seniorenvertreter/innen zu den Beratungen hinzugezogen werden.“

Begründung:

Der Antrag orientiert sich an den Rechten, die die Gruppen Frauen und Jugend im DGB haben.



76 22 Prozent der deutschen Bevölkerung – in Zahlen 18,7 Millionen – sind Senior*in-
77 nen. Der DGB hatte im Jahr 2024 5,58 Millionen Mitglieder, der Anteil der Senior*in-
78 nen liegt auch hier bei ca. 20 Prozent, also 1,2 Millionen Mitgliedern.
79 Diese leisten – neben ihrem politischen und organisationspolitischen Engagement
80 – einen nicht unerheblichen finanziellen Beitrag zur Finanzierung des DGB.

81 In den Positionen zur Senior*innenpolitik des DGB heißt es u.a.: „Durch die demo-
82 graphische Entwicklung steigt der Anteil der Senior*innen an der Gesamtbevölke-
83 rung immer mehr. ...Die Interessen der verschiedenen Generationen stehen dabei
84 nicht im Gegensatz zueinander. Der DGB und die Gewerkschaften organisieren in
85 hohem Ausmaß aktive Arbeitnehmer*innen sowie Senior*innen miteinander. Es
86 gibt viele gemeinsame Interessen“ („Die Senior*innenpolitik“, Homepage des
87 DGB).

88 Auf verschiedenen politischen Ebenen setzt sich der DGB für mehr Mitspracherecht
89 und Teilhabe an Entscheidungen ein wie der Forderung nach gewählten Senior*in-
90 nenvertretungen auf kommunaler und Landesebene in Seniorenmitwirkungsge-
91 setzen.

92 Umso weniger verständlich ist, dass innerhalb der Strukturen des DGB die Teilhabe
93 der Senior*innen immer noch – trotz jahrzehntelanger Bemühungen um gleich
94 berechtigte Teilhabe – auf Anhörungs- und Beratungsrechte beschränkt bleibt.
95 Die Vertretung der Interessen der Senior*innen (Rente, Pflege, Verkehr, Digitalisie-
96 rung...) ist im Interesse aller Gewerkschaftsmitglieder – auch die Aktiven werden
97 irgendwann den Ruhestand erreichen.

